Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
19.09.2017
Ausschussbetreuender Fachbereich
Bildung, Kultur, Schule und Sport
Schriftführung
Petra Weymans
Telefon-Nr.
02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Mittwoch, 05.07.2017

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:47 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 14.03.2017 - öffentlicher Teil -**
0305/2017

4 **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

6 **Sachstand Schulsanierungen**

7 **Landesprogramm zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen - Fortführung im Jahr 2018**
0231/2017

8 **Zusätzliche Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen im Schuljahr 2017/18**
0272/2017

9 **Schulentwicklungsplanung, Bestimmung der Schularten in Refrath**
0284/2017

10 **Verwendung des übertragenen Kreditkontingent des Rheinisch-Bergischen Kreises aus dem Schuldendiensthilfegesetz NRW „Gute Schule 2020“**
0300/2017

11 **Stadtbücherei - Jahresbericht 2016**
0262/2017

12 **Kulturbüro - Bericht 2016**
0313/2017

13 **Kulturprojektförderung 2016**
0309/2017

14 **Heimfall der Eissporthalle Bergisch Gladbach**
0314/2017

15 **Anträge der Fraktionen**

15.1 **Namensgebung für die Sportstätten der früheren Wilhelm-Wagener-Schule**
0325/2017

16 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

16.1 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Reinigungsleistung in den Sporthallen**
0327/2017

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschluss-fähigkeit

Herr Neu eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung.

Herr Neu begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Neu tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 14.03.2017 - öffentlicher Teil -

0305/2017

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Martmann teilt mit, derzeit werde ein Finanzierungsmodell bezüglich der anstehenden Erneuerung der Oberflächen der Kunstrasenplätze erarbeitet. Zunächst werde die Verwaltung die Problematik mit den betroffenen Sportvereinen und dem Stadtsportbund erörtern, um dann eine gerechte Lastenverteilung zu entwickeln, die derzeit aus Sicht der Verwaltung recht einseitig geregelt sei. Der Ausschuss werde entsprechend informiert.
Des Weiteren erklärt er, die Sanierung des Hans-Zanders-Bades liege im Zeitplan. Das Bad werde im September den Schulen und Vereinen wieder zur Verfügung stehen. Trotzdem müsse man sich über die Bäderlandschaft in Bergisch Gladbach Gedanken machen.

Herr Rockenberg teilt mit, bezüglich des Nußbaumer Bike-Parcours gebe es keinen neuen Sachstand. Es sei fast alles zurückgebaut. Der Verein Dirt Stylers habe die von der Bauordnung auferlegten Bedingungen noch nicht erfüllt. Die Bauordnung werde den Verein noch einmal anschreiben.

6. Sachstand Schulsanierungen

Herr Martmann teilt zur Sanierung der **Otto-Hahn-Schulen** mit, dies sei die größte Sanierungsmaßnahme im Schulbereich. Derzeit könne der Kostenrahmen nach Ausschreibung aller haustechnischen Gewerke eingehalten werden. Man müsse allerdings noch alle Ausschreibungsergebnisse abwarten. Die Auslagerung in eine Ersatzschule sei logistisch sehr aufwändig gewesen. Dank der hervorragenden Mitarbeit der Schule funktioniere die Ersatzschule.
Die Sanierung des **Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums** (NCG) solle 2019 beginnen. Teile der Containeranlage würden dann von den Otto-Hahn-Schulen an das NCG umgesiedelt. Die Bauvorbereitungen seien im Zeitplan.
Mit der Sanierung der **Turnhalle Sand** werde in Kürze begonnen. Das Problem mit der Erschließung sei gelöst. Mit einer Wiedernutzung werde im Mai / Juni 2018 gerechnet.
Bei der **GGS Bensberg** werde ein zweigeschossiger Containerbau mit sechs Schulräumen errichtet. Hier befinde man sich in der Genehmigungsplanung. Die Fertigstellung sei für Ende Oktober geplant.
Auch bei der **GGS Refrath** befinde man sich bezüglich der Errichtung eines Containers für die Offene Ganztagsschule in der Genehmigungsplanung.

7. Landesprogramm zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen - Fortführung im Jahr 2018

0231/2017

Herr Neu teilt mit, der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann habe den Beschlussvorschlag wie vorgelegt einstimmig, bei einer Enthaltung der Stimme der Mitterechts/LKR-Fraktion, beschlossen. Der Jugendhilfeausschuss habe in seiner Sitzung eine Änderung der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages empfohlen und einstimmig beschlossen: „1. Die Fortführung des Angebots „Bildungs- und Teilhabeberatung (BuT) – Soziale Arbeit an Schulen“ im Jahr 2018 wird *für dringend erforderlich erachtet*. (Änderung in kursiv). Ziffer 2 sei wie vorgelegt beschlossen worden. Herr Neu empfiehlt, sich der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses anzuschließen.

Frau Lehnert begrüßt die Fortsetzung dieses Angebotes. Schulsozialarbeiter würden dringend an den Schulen gebraucht. Sie möchte gerne wissen, ob wieder Mittel des Kreises - wie im Vorjahr - dafür zusätzlich zur Verfügung stünden.

Herr Buhleier erklärt, bevor das Land dieses Programm übernommen habe, habe es ein Vorläuferprogramm des Bundes gegeben. Die Mittel des Bundes seien damals an den Kreis ausgezahlt worden, genauso wie die Landesmittel. Die damaligen Bundesmittel seien jedoch nicht vollständig verausgabt worden, sodass der Kreis diese mit dem Landesprogramm verrechnet habe. Dadurch habe die Stadt Bergisch Gladbach in dem Zeitraum von 2015 bis 2017 noch einmal rund 175.000 Euro zusätzlich erhalten. Dadurch konnten städtische Mittel eingespart werden. Diese Mittel seien nun komplett verausgabt, so dass es jetzt nur noch den Zuschuss des Landes gebe.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport schließt sich **einstimmig**, ohne Enthaltungen, der modifizierten Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses an:

1. **Die Fortführung des Angebots „Bildungs- und Teilhabeberatung (BuT) – Soziale Arbeit an Schulen“ im Jahr 2018 wird für dringend erforderlich erachtet.**
2. **Über die Bereitstellung des notwendigen städtischen Zuschusses in Höhe von 179.082,18 € soll in den kommenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2018 entschieden werden.**

8. **Zusätzliche Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen im Schuljahr 2017/18**
0272/2017

Frau Liebmann teilt mit, mit mehreren Schulen habe sie noch einmal Gespräche geführt. Derzeit gebe es eine Warteliste mit 170 Kindern. Es sei aber noch nicht bekannt, wie viele Eltern davon auf Grund ihrer beruflichen Situation dringend einen OGS-Platz benötigten. An der OGS in der GGS Refrath können ca. 30 zusätzliche Betreuungsplätze eingerichtet werden, auch wenn kein Container aufgestellt werden könne. Auch in Herkenrath würden ca. 10 weitere Plätze angeboten. Sie erwarte bis nach den Sommerferien noch weitere kleinere Verschiebungen an den einzelnen Standorten.

Frau Lehnert dankt Frau Liebmann für ihre Bemühungen. Sie findet, die Randstundenbetreuung als Alternative solle weiter verfolgt werden. Sie wisse von mehreren Eltern, dass ihnen auch eine Randstundenbetreuung reichen würde. Auch habe sie in Gesprächen manchmal das Gefühl, dass den Eltern nicht bekannt sei, wer nach den Richtlinien einen Betreuungsplatz erhalten könne. Die CDU-Fraktion habe sich nach der Landtagswahl an den Landtagsabgeordneten und den Ministerpräsidenten gewandt mit der Bitte, sich für eine stärkere Fokussierung auf das OGS-Programm einzusetzen und die Antwort erhalten, dass die neue Landesregierung mit einem Sofortprogramm starten werde. Ihre Frage sei, ob die Stadt Bergisch Gladbach bei all ihren derzeitigen Aufgaben denn überhaupt ein Sofortprogramm „abarbeiten“ könne.

Herr Martmann erklärt, in den letzten Jahren seien viele Programme aufgelegt worden. Ein Sofortprogramm heiße auch sofort Bauen. Die Verwaltung sei bereits mit der Umsetzung der derzeitigen Programme ausgelastet. Für die Umsetzung weiterer Programme werde auch mehr Personal benötigt.

Herr Stark möchte gerne wissen, wie hoch die Gesamtkosten für die Schaffung von zusätzlichen 170 Betreuungsplätzen wären. Er gehe davon aus, dass es sich um einen Betrag in Höhe von bis zu 300.000 Euro handele. Die Schaffung von OGS-Plätzen müsse absolute Priorität haben, egal ob jemand ganz dringend oder nur dringend einen Platz benötige. An anderen Stellen, wie z. B. im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann diskutiere und entwickele man Programme, um die Berufschancen von Frauen zu verbessern, und hier würden den Menschen, überwiegend den Frauen die Chance genommen, überhaupt arbeiten gehen zu können. Er finde, es müssten insgesamt Prioritäten gesetzt werden.

Herr Martmann entgegnet, der Deckungsgrad liege derzeit bei 67 % und liege deutlich höher als in vielen anderen Städten und deutlich über dem, was die Versorgung im Landesdurchschnitt sei. Die Schaffung weiterer Betreuungsplätze bedeute auch die Schaffung weiterer Aufenthaltsräume und die Ausweitung der Mensen und Küchen. Nicht alle Grundschulen hätten entsprechende Flächen dafür frei. Investive Mittel für die Baumaßnahmen müssten zur Verfügung gestellt werden. Auch die Betriebskosten erhöhten sich. Eine Erhöhung der Betreuungsplätze auf 69 % bedeute auch eine Erhöhung der Mittel im siebenstelligen Bereich. Wünschenswert wäre eine flächendeckende Versorgung. Die Eltern hätten zwar einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz aber nicht auf einen Betreuungsplatz in der OGS. Hier liege der Fehler im System. Die Stadt brauche die finanzielle Unterstützung der Landesregierung. Allein könne sie dies nicht schaffen.

Frau Scheerer dankt der Verwaltung für ihre Bemühung weitere Plätze einzurichten. Sie bitte im Sinne von Berufstätigen oder teilberufstätigen Frauen bereits jetzt zu überlegen, wie die Problematik im nächsten Schuljahr 2018/19 gelöst werden könne. Vielleicht gebe es noch andere kreative Lösungen, um eine höhere Versorgung erreichen zu können.

Herr Rockenberg erklärt mit den Schulanmeldungen wolle man auch den konkreten Bedarf bei den Eltern abfragen. Der Fachbereich 4 arbeite hier sehr eng mit dem Fachbereich 5 zusammen. Nach Auswertung der Bedarfe der Eltern könnten dann von der Randstundebetreuung bis zur Ganztagsbetreuung verschiedene Modelle und deren Finanzierbarkeit überlegt werden.

Herr Kraus möchte noch einen kurzen Hinweis zur Ausweitung der Plätze an der GGS Refrath geben. In unmittelbarerer Nähe werde auch eine Kindertagesstätte gebaut. Die Wittenbergstraße sei eine kleine Stichstraße und die Anwohner hätten Bedenken und Sorgen mit dem verstärkten Elternverkehr. Er bitte die Verwaltung mit den Anliegern ins Gespräch zu kommen und nach kreativen Lösungen zu suchen.

Herr Neu lässt über dem Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport schließt sich **einstimmig** bei einer Enthaltung der mitterechts/LKR-Fraktion der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses an:

Im Schuljahr 2017/18 werden bis zu 2.798 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen gefördert. Plätze, die ggf. vom Land nicht gefördert werden, werden allein aus städtischen Mitteln richtliniengemäß und unter Heranziehung von Elternbeiträgen finanziert.

9. Schulentwicklungsplanung, Bestimmung der Schularten in Refrath

0284/2017

Herr Rockenberg erklärt, in der Vorlage sei nur das Ergebnis dargestellt, nicht mehr die Problematik, da diese bekannt sei. Mit den Refrather Grundschulen haben man bereits Gespräche geführt und die Möglichkeiten einer besseren Verteilung besprochen.

Frau Lehnert findet die Vorlage ausführlich genug. Das genaue Abstimmungsergebnis sei dargestellt. Sie möchte gerne noch wissen, wie die Anmeldezahlen an den einzelnen Grundschulen in Bergisch Gladbach seien. Sie bitte um Zusendung mit der Niederschrift.

Frau Dr. Paduch möchte ihr Bedauern über dieses Abstimmungsverhalten zum Ausdruck bringen. Die dadurch entstehenden Probleme könnten Mittel binden, die an anderer Stelle dann fehlten.

Herr Kraus teilt mit, er sei dagegen erfreut über das Abstimmungsergebnis. Er habe seinerzeit gegen die Durchführung des Verfahrens gestimmt. Er möchte gerne noch wissen, ob zurzeit noch Kölner Kinder an den Refrather Grundschulen aufgenommen würden und schlage vor, wenn dies der Fall wäre, diese Anmeldungen grundsätzlich abzulehnen.

Herr Rockenberg erklärt, die Schulstatistik erscheine erst zum 15. Okt. eines Jahres. Die bisher bekannten Anmeldezahlen würden mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt. Auch die Frage nach der Anzahl der Anmeldung von Kindern an den Refrather Schulen werde mit der Niederschrift beantwortet.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

[Anmerkung der Verwaltung:
Die Anmeldezahlen – Stand Januar 2017 sind in der Anlage beigefügt.

Es gibt weniger als fünf Anmeldungen pro Jahrgang aus dem Kölner Gebiet an Refrather Schulen. Sollten diese Anmeldungen zur Bildung einer zusätzlichen Klasse an einer Schule führen, dann würden die Kölner Eltern eine Ablehnung erhalten.]

10. Verwendung des übertragenen Kreditkontingent des Rheinisch-Bergischen Kreises aus dem Schuldendiensthilfegesetz NRW „Gute Schule 2020“
0300/2017

Herr Martmann möchte auf eine kleine Korrektur auf Seite 26 hinweisen. In der Tabelle seien auch die Mittel für die sonstigen Maßnahmen i.H.v. ca. 1.600.000 Euro aufgeführt. Diese Maßnahme sei natürlich noch nicht beschlossen worden sondern Gegenstand dieser Vorlage.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport schließt sich **einstimmig**, ohne Enthaltung, der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr an:

1. **Das durch Übertragung durch den Rheinisch-Bergischen Kreis (RBK) erhöhte Kreditkontingent aus dem Schuldendiensthilfegesetz NRW „Gute Schule 2020“ wird gemäß der auferlegten Zweckbindung verwendet und für die bereits beschlossene Maßnahme der Sanierung der Sporthalle Feldstraße und für weitere Sanierungsmaßnahmen an den Gewerblichen Berufsschulen verwendet.**
2. **Die am 21.03.2017 durch den Rat bereits beschlossene Maßnahme wird damit erweitert. Im Übrigen bleibt dieser Beschluss unverändert.**

11. Stadtbücherei - Jahresbericht 2016
0262/2017

Frau Gippert trägt ihren Bericht mittels einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Neu dankt Frau Gippert für ihren Vortrag.

Frau Bischoff dankt Frau Gippert ebenfalls für den sehr aussagekräftigen Bericht zur Stadtbücherei. Inhaltlich sei die Stadtbücherei der Zukunft schon näher gekommen. Die Zunahme der digitalen Angebote und die Kooperationen mit verschiedenen Einrichtungen der Stadt finde sie sehr gut. Sie möchte gerne noch wissen, ob Frau Gippert noch einen Ausblick geben oder einen Schwerpunkt für die Zukunft nennen könne.

Frau Gippert erklärt, für sehr wichtig halte sie den Ausbau des Lernortes in der Stadtbücherei. Ein Makerspace – ein offener Kreativraum mit 3D-Drucker oder CNC-Phräsen und ein Repair-Café könnten neue Angebote sein. Die Bibliothek solle zum Aufenthalts- und Kommunikationsort werden. Ihr persönlich liege der Integrationsgedanke sehr am Herzen. Viele Geflüchtete kämen in die Stadtbücherei um am Computer zu lernen, Medien auszuleihen und Kontakte mit anderen zu schließen. Sie würde hier gerne mehr anbieten, aber die Räumlichkeiten seien begrenzt.

Herr Weber erklärt, Bündnis 90/DIE GRÜNEN seien begeistert von den Ideen. Er möchte noch eine Sache ansprechen. Kinder könnten keine Sachbücher ausleihen. Vor einiger Zeit habe ein Kind aus Paffrath ein Sachbuch zu seinem Hobby ausleihen wollen, was ihm verweigert worden sei. Er möchte gerne wissen, ob hier eine andere Regelung gefunden werden könne.

Frau Gippert antwortet, diese Problematik sei gelöst worden. Kinder ab einem bestimmten Alter können auch die Sachbücher nutzen.

Herr Stark zeigt sich erstaunt über die neuen Ideen. Er hätte gerne gewusst, welche Bevölkerungsschichten die Bibliothek nutzten, ob es überwiegend Jugendliche aus einfachen Verhältnissen, Hartz-4-Empfänger oder pensionierte Studienräte seien. Insgesamt ginge die Nachfrage, außer in bestimmten Bereichen, zurück. Angesichts dessen müsse überlegt werden, inwieweit man da zusätzliche Ressourcen in Hand nehme, vor allem vor dem Hintergrund, dass z.B. für die Errichtung weiterer Betreuungsplätze in der OGS Mittel fehlten. Für ihn sei die Einrichtung von Makerspaces, Gaming und Repair-Cafés nicht nötig.

Herr Komenda entgegnet, die Stadtbücherei sei - so wie eben gehört - die größte Kultureinrichtung in Bergisch Gladbach. Lernorte für Kinder auch in Bibliotheken zu schaffen sei sehr wichtig. Nicht jedes Kind habe die Möglichkeit in Ruhe Hausaufgaben zu machen. Auch finde er, könne man doch nicht eine Bibliothek gegen eine OGS aufrechnen.

Herr Martmann ergänzt, die Bücherei der Zukunft sei nicht mehr nur ein Ort der Ausleihe. Mit dem Stadthausneubau habe man die Chance dort ein modernes Medienzentrum einzurichten, auch als einen Ort der Begegnung. In Vorbereitung auf die Planung habe die Verwaltung mehrere Bibliotheken besucht. Der Besucherstrom in diesen Bibliotheken sei enorm gewesen. Mit den neuen Angeboten erreiche man eine Vielzahl von Bürgern und Bürgerinnen, so dass die Besucherzahlen erheblich ansteigen könnten. Auch er finde, es sei nicht richtig OGS gegen Bücherei aufzustellen. Das Eine müsse man tun, ohne das Andere zu lassen.

Herr Stark findet, es gebe grundsätzlich immer das Problem, wenn man Geld für das Eine ausgebe, fehle es für das Andere. Es sei eine Illusion zu glauben, man könne das Eine tun und das Andere nicht lassen. Man werde das dann nur noch partiell machen können. Wie Herr Komenda sagte, bräuchten Kinder ruhige Lernort. Gerade darum halte er es für ganz wichtig die Ganztagsbetreuung an allen Schulen auszubauen.

Frau Gippert möchte noch klarstellen, in den genannten Zahlen seien die Nutzer, die nichts ausleihen würden, sondern nur zum Lesen, Arbeiten und E-Mail schreiben kämen, nicht erfasst.

Frau Dr. Killersreiter erklärt, die Nutzung der Einrichtungen gehe zurück. Über die neuen Angebote locke man junge Menschen an. Die Einrichtung werde zum zentralen Treffpunkt. Die Bibliothek in Köln habe durch die neuen Angebote den Bibliothekspreis 2015 gewonnen.

Herr Tollih begrüßt das Sprachlernangebote für Flüchtlinge, welches ja auch angenommen werde. Der Bedarf sei gegeben. Er habe noch die Bitte auch den Aspekt einer Begegnungsstätte für die Neueinheimischen mit in die Planung einzubeziehen.

Herr Rockenberg möchte noch den Aspekt Personal ansprechen. Durch den Einsatz der vorgesehenen RFID-Anlage könne das gut ausgebildete Fachpersonal wieder mehr seinen ursprünglichen Aufgaben - der Beratung - nachgehen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

12. Kulturbüro - Bericht 2016

0313/2017

Frau Bischoff dankt dem Kulturbüro für die gute Arbeit. Dem schließt sich der Ausschuss an.

Frau Dr. Paduch hat noch eine Nachfrage zum Filmfestival Nahaufnahme. Leider hätten auch dieses Jahr laut Vorlage wieder keine Schulen das Filmfestival besucht. Sie möchte gerne wissen, wie die Schulen informiert würden.

Frau Weymans erklärt, die Schulen würden in einem separatem Schreiben auf das Filmfestival hingewiesen. Die Schulen könnten sich bei der Verwaltung des Cineplex melden und für die Filmwoche einen Wunschtermin vereinbaren. Das Kinocenter sei da sehr entgegenkommend. Auch gebe es für die Schüler und Schülerinnen einen Sonderpreis von 3,00 Euro pro Person.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

13. Kulturprojektförderung 2016
0309/2017

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

14. Heimfall der Eissporthalle Bergisch Gladbach
0314/2017

Herr Martmann erläutert die Vorlage. Die Eissporthalle Bergisch Gladbach GmbH & Co. KG habe der Stadt Bergisch Gladbach formal schriftlich mitgeteilt, dass sie die Eissporthalle aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr weiter betreiben wolle/könne. Damit sei gemäß Vertrag der Heimfall eingetreten. Die Verwaltung werde diesen nun formal mittels Vertrag über einen Notar abwickeln. Zugleich werde die Verwaltung mit dem Eissportverein Bergisch Gladbach e.V. (ESV) ein tragfähiges Trägerschaftsmodell entwickeln, um den Eissport in Bergisch Gladbach weiter fortsetzen zu können. Es solle ein Betreibervertrag für die Halle abgeschlossen werden. Der freiwerdende Jahresbetrag von 51.000 Euro p.a. für das Schuleislaufen solle künftig zu gleichen Konditionen an den ESV geleistet werden. Er bitte um das entsprechende Votum des Ausschusses zum Beschlussvorschlag.

Frau Appel schließt sich der Bitte von Herrn Martmann an. Sie selber habe sich viele Jahre für den Erhalt des Eissports in Bergisch Gladbach eingesetzt. Sie hoffe, dass eine Lösung gefunden werde, damit der Eissport in Bergisch Gladbach und im Rheinisch-Bergischen Kreis weiter betrieben werden könne.

Frau Glamann Krüger erklärt für die FDP-Fraktion, sie fänden das Engagement des ESV vorbildlich. Es sei nicht selbstverständlich, dass sich Privatpersonen so engagierten. Dies habe auf jeden Fall jede Unterstützung verdient.

Herr Kraus teilt mit, auch die CDU-Fraktion begrüße das Vorhaben des ESV und möchte der Alternative 3 und damit dem Votum zustimmen. Gleichzeitig richte er aber ein Appell an die Bergisch Gladbacher, die Eishalle auch zu nutzen und mit ihrem Besuch dazu bei zutragen, dass der Verein diese weiter betreiben könne.

Herr Komenda erklärt, auch die SPD-Fraktion unterstütze selbstverständlich die Alternative 3. Er sei froh über diese Lösung und wünsche dem Verein alles Gute. Er versichere dem Verein die weitere Begleitung und Unterstützung zu.

Herr Dresbach schließt sich seinen Vorredner an. Er habe noch die Gründung der Eissporthalle erlebt. Er habe Achtung vor der Courage des Vereins und bitte um Unterstützung seitens der Verwaltung, des Rates und vor allem der Medien.

Auch Herr Tollih schließt sich dem Appell an. Er möchte gerne noch wissen, ob die Schuleislaufzeiten nur von den weiterführenden Schulen genutzt würden oder auch von den Grundschulen und ob die durchschnittlichen Besucherzahlen der letzten Jahre bekannt seien.

Frau Scheerer erklärt, auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüße diesen Vorschlag und wünsche dem Verein alles Gute. Sie schlage vor, dass die Verwaltung den Verein bei der Suche nach Sponsoren unterstütze.

Herr Rockenberg teilt mit, die durchschnittlichen Besucherzahlen der letzten Jahre seien der Verwaltung nicht bekannt. Die Grundschulen und die weiterführenden Schulen nutzten die Eissporthalle jeweils von 8:00 bis 13:00 Uhr. Die Verwaltung stehe in Kontakt mit dem ESV und werde ihn natürlich begleiten.

Herr Neu lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig**, ohne Enthaltung folgenden Beschluss:

1. **Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beschließt zwecks Erhalt des grundsätzlichem Eissportangebotes in Bergisch Gladbach und der Möglichkeit des Schul- und Vereinssports in den Vormittagsstunden im Eislauf die Unterstützung des Eissportvereines Bergisch Gladbach e.V. (ESV) im Umfang der bisherigen Förderung.**
2. **Der - aufgrund des seitens der „Eissporthalle Bergisch Gladbach GmbH & Co KG“ erklärten Heimfalls im Rahmen des hinfällig werdenden Erbbaurechtsvertrages zum Bau und Betrieb der Eissporthalle Bergisch Gladbach - frei werdende Jahresbetrag von 51.000 Euro p.a. soll künftig zu gleichen Konditionen an den Eissportverein Bergisch Gladbach e.V. (ESV) geleistet werden, ggf. mit anderen zeitlichen Zahlungszielen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, den Heimfall formal abzuwickeln und mit dem Eissportverein Bergisch Gladbach einen entsprechenden schuldrechtlichen „Miet- / Betreibervertrag“ abzuschließen.**

15. Anträge der Fraktionen

15.1. Namensgebung für die Sportstätten der früheren Wilhelm-Wagener-Schule
0325/2017

Frau Glamann-Krüger möchte zunächst auf die Stellungnahme der Verwaltung eingehen. Bei dem Antrag der FDP-Fraktion unter Ziffer b) sei beantragt worden, die Verwaltung möge den akuten Reparaturbedarf an den Sportstätten ermitteln. Es gehe nicht um die Sanierung, wie es in der Antwort der Verwaltung stehe. Des Weiteren verstehe sie nicht, warum sich die Verwaltung „so schwer tue“ mit der Namensgebung. Weiterhin möchte sie gerne wissen, wie die Perspektive des Schwimmbades sei und ob die Verwaltung langfristig die Möglichkeit sehe, das Angebot dieser beiden Sportstätten aufrecht zu erhalten. Seit vielen Jahren diskutiere man bereits darüber.

Herr Martmann erklärt zur baulichen Problematik, das Bad Mohnweg sei das einzige Bad, welches seinerzeit nicht in die Verwaltung der Bädergesellschaft überführt worden sei, da es zusammen mit einer Turnhalle auf einem Schulgrundstück gebaut worden sei. Die Sanierung koste viel Geld und sei bisher nicht finanzierbar, da diese zu Lasten der allgemeinen Schulsanierung gehen würde. Eine Lösung müsse aber gefunden werden. Derzeit werde zusammen mit der Bädergesellschaft ein Konzept zur Verbesserung der Situation erarbeitet. Er hoffe bis Ende des Jahres einen Vorschlag vorlegen zu können.

Herr Rockenberg teilt zur Namensgebung mit, das Vorschlagsrecht habe grundsätzlich die Schulkonferenz, die Entscheidung sei Angelegenheit des Schulträgers, in diesem Falle also Sache des Kreises. Allerdings sei es eine städtische Liegenschaft. Hinzu komme, der Antrag auf Namensgebung sei nur angeregt für die Sporthalle und das Schwimmbad, nicht für die ganze Schule. Die Verwaltung findet, es sei im Moment der falsche Zeitpunkt diese marode Sportstätte mit einem ehrwürdigen alten Namen zu belegen. Inhaltlich sei die Verwaltung nicht dagegen. Es sollte nur vorher die Frage der Sanierung geklärt sein.

Frau Lehnert schließt sich namens der CDU-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung an. Gleichzeitig plädiert sie für eine Sanierung des Bades. Seit vielen Jahren diskutiere man bereits darüber. Hoffentlich könne nun zusammen mit der Bädergesellschaft eine Lösung gefunden werden. Auch wenn die Sanierung der Sportstätte eine Angelegenheit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (AUKIV) sei, bitte sie darum, den ABKSS weiter mit zu beteiligen.

Herr Komenda bestätigt, dass es seitens der Bädergesellschaft schon konkrete Überlegungen gebe. Bezüglich der Namensgebung schließe sich die SPD-Fraktion dem Vertagungsvorschlag der Verwaltung an.

Frau Scheerer erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN würden sich ebenfalls dem Vorschlag der Verwaltung anschließen. Sie schlage vor, sobald die Sanierung beginne, die Namensgebung festzulegen.

Herr Neu stimmt Herrn Martmann in seiner Einschätzung zu und lässt über den Vertagungsvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung auf Vertagung zu.

16. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Scheerer hat eine Anfrage zur Raucherproblematik an der gewerblichen Berufsschule. Viele Bürger beschwerten sich über die vielen Zigarettenkippen auf dem Bürgersteig. Der Schulleiter Herr Dax habe Aschenbecher auf dem Schulgelände aufstellen lassen, diese jedoch wieder entfernen müssen, da Rauchen auf dem Schulgelände nicht erlaubt sei. Sie möchte gerne wissen, ob es Lösungsvorschläge gebe.

Herr Rockenberg erklärt, die Thematik begleite ihn schon seit 35 Jahren. Die meisten BerufsschülerInnen seien volljährig und würden zum Rauchen das Schulgelände verlassen. Der Platz auf dem Bürgersteig sei sehr eng. Ausweichmöglichkeiten gebe es nicht. Nach den Schulferien werde sich die Verwaltung mit der Schule, dem Ordnungsamt und der Polizei zusammensetzen. Die Schulen seien schon sehr aktiv und hätten mit den SchülerInnen über Rücksichtnahme, Nicht-Rauchen usw. gesprochen. Dies werde das Problem evtl. verbessern, aber nicht lösen. Es müsse im Umfeld der Schule ein öffentlicher Raum gefunden werden, wo die SchülerInnen außerhalb der Schule rauchen könnten, ohne die Passanten zu stören. Die Verwaltung arbeite an einer Lösung und sei für kreative Vorschläge dankbar.

16.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Reinigungsleistung in den Sporthallen

0327/2017

Herr Dlugosch teilt mit, die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL teile nicht die Auffassung der Verwaltung, die Beantwortung der Anfrage sei nur Angelegenheit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (AUKIV). Da hier auch Schulen und Offene Ganztagsschulen betroffen seien, sei hier eine Doppelzuständigkeit gegeben.

Herr Rockenberg stimmt Herrn Dlugosch zu. Allerdings sei zunächst der AUKIV als Fachausschuss zuständig. Das Ergebnis werde dem ABKSS zur Kenntnis gegeben.

Herr Neu schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:38 Uhr.